

# Rechtsstaat und Widerstand

Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Widerstand – Rechtsstaat – Menschenrechte“ am 20. März 2017 in Wien diskutierten Experten mit Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka.

Unsere Aufgabe als Innenministerium ist es, Menschenrechte durch Rechtsstaatlichkeit zu schützen und zu verwirklichen. Dafür muss das Vertrauen in den Rechtsstaat nachhaltig gestärkt werden“, sagte Innenminister Mag. Wolfgang Sobotka bei einem „Sicherheitspolitisches Dialogforum“ anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Widerstand – Rechtsstaat – Menschenrechte“ am 20. März 2017 im BMI. „Europa fußt auf Freiheit und Menschenrechten, die durch den Rechtsstaat verwirklicht werden. Ein Rechtsstaat, der funktioniert und dem die Menschen vertrauen, kommt ohne Widerstand aus“, sagte Sobotka. Daher müssten sich das BMI und die Polizei rechtzeitig mit Herausforderungen für den Rechtsstaat und die Menschenrechte auseinandersetzen, etwa mit Rechtsextremismus, Islamismus, staatsfeindlichen Verbindungen oder Aufrufen zu Gewalt und Hass, insbesondere im Internet.

Mit dem Innenminister diskutierten Dr. Berthold Goerdeler, Enkel des Widerstandskämpfers Carl Friedrich Goerdeler, der international renommierte Sicherheitsexperte und Historiker Prof. Dr. Ulrich Schlie, MA, der ehemalige Stadtschulratspräsident Dr. Kurt Scholz und Univ.-Prof. Dr. Hannes Tretter, Mitgründer und wissenschaftlicher Leiter des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Menschenrechte. Moderiert wurde die Diskussion von Dr. Wilhelm Sandriss, Leiter der Gruppe I/B (Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit, Protokoll) im BMI.

Die Rückkehr zum einfachen menschlichen Anstand sei vorrangiges Ziel der Widerstandskämpfer um Carl Friedrich Goerdeler gewesen, erinnerte



Eröffnung der Ausstellung „Widerstand – Rechtsstaat – Menschenrechte“ im BMI: Berthold Goerdeler, Kurt Scholz, Hannes Tretter, Innenminister Wolfgang Sobotka und Ulrich Schlie.

dessen Enkel Berthold Goerdeler. Um dieses Ziel zu erreichen, schufen die Widerstandskämpfer bereits über mehrere Jahre vor dem 20. Juli 1944 vertrauensvolle Netzwerke mit hochrangigen Vertretern aus Militär, Gewerkschaften, Wirtschaft, Religion, Philosophie, Politik und Verwaltung. Eine zentrale Rolle nahm Carl Friedrich Goerdeler ein, der nach einem erfolgreichen Umsturz das Amt des Reichskanzlers hätte übernehmen sollen. Er warnte auf vielen Auslandsreisen in Europa, in den USA und Kanada Ende der 1930er-Jahre vor den Entwicklungen in Deutschland und prangerte die massiven Kriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten an. „Dem Beispiel von Carl Friedrich Goerdeler folgend, müssen auch wir heute Entwicklungen, die den Rechtsstaat und die Menschenrechte gefährden, frühzeitig erkennen, aufzeigen und davor warnen“, betonte Gruppenleiter Wilhelm Sandriss.

**Sicherheitspolitische Lehren** über das Vermächtnis des 20. Juli 1944 hinaus zog Ulrich Schlie. Widerstand sei während des Nationalsozialismus die Ausnahme gewesen, Anpassung die Regel. Die Regel sollte jedoch sein,

sein Gewissen zu schärfen. Dies sei eine tägliche Herausforderung, deshalb brauche Politik Maßstäbe. Es brauche Vorbilder wie jene Widerstandskämpfer, „um uns zu ermutigen“. Der Widerstand gegen das NS-Regime zeige zudem, dass es keine Frage des Alters sei, Überzeugungen zu haben und für diese einzustehen. Claus Schenk Graf von Stauffenberg war erst 36 Jahre alt, als er nach dem missglückten Attentat auf Hitler hingerichtet wurde.

Die Jugend zu erreichen müsse heute, 72 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, vor-

rangiges Ziel sein, sagte Kurt Scholz. Der Rechtsstaat sei wie Luft. Diese sei selbstverständlich, bis es wegen Verschmutzung zu Smog komme. „Erst im Anblick von Unrecht merken wir den Wert des Rechtsstaats“, betonte Scholz. Man müsse bereits früh ansetzen. Menschen- und Grundrechte erforderten fortwährendes Abwägen, das junge Menschen erst erlernen müssten: Wo ist meine Freiheit und ab wann wird sie zu einem Zwang für andere? Junge Menschen sollten die Möglichkeit bekommen, durch Erleben zu lernen. Dazu müssten sie nicht bloß als Objekte einer Belehrung, sondern als handelnde Subjekte verstanden werden. Das Gespräch auf Augenhöhe erzeuge Einsicht. Die Schule sensibilisiere Kinder und Jugendliche, könne aber nicht alles leisten. Über die Schule hinaus seien alle Mitglieder der Gesellschaft nicht zuletzt als Eltern gefordert.

**Streitbar für den Rechtsstaat eintreten.** Der demokratische Rechtsstaat umfasse Spielregeln, die wir uns selbst geben. Er sei eine Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Prinzipien wie Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verwirklicht sind, erläuterte Hannes



**Berthold Goerdeler: Erinnerung an das Vermächtnis von Carl Friedrich Goerdeler und das „Stauffenberg-Attentat“ vom 20. Juli 1944.**



**„Sicherheitspolitisches Dialogforum“: Kurt Scholz, Berthold Goerdeler, Innenminister Wolfgang Sobotka, Hannes Tretter, Gruppenleiter Wilhelm Sandrisser und Ulrich Schlie.**

Tretter. Der Rechtsstaat sei über Jahrhunderte hinweg erkämpft worden. Die Machtergreifung durch die Nationalsozialisten zeige, wie sensibel das Konstrukt des demokratischen Rechtsstaats sei. Alle Mitglieder der Gesellschaft hätten die Aufgabe, den Rechtsstaat im Rahmen der Rechtsordnung streitbar zu verteidigen. In der Bundesrepublik Deutschland räume Artikel 20 des Grundgesetzes das Recht auf Widerstand gegen Versuche ein, die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung zu beseitigen. Über ein Recht hinaus könne Widerstand auch als staatsbürgerliche Pflicht verstanden werden. „Auch im demokratischen Rechtsstaat gibt es die Pflicht zum Widerstand, wenn dieser in Gefahr ist“, betonte Tretter. Den demokratischen Rechtsstaat sieht Tretter heute durch Entwicklungen in der Türkei, den USA und in einigen EU-Mitgliedstaaten gefährdet. Demokratien bräuchten Mechanismen, um dem entgegenzuwirken. Artikel 17 der Europäischen Menschenrechtskonvention in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte könne ein Maßstab dafür sein. Dieser Artikel normiert das Verbot des Missbrauchs der Konventionsrechte (besonders Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit), wenn sie dazu genutzt werden, die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen der Konvention oder die von ihr garantierten Rechte zu untergraben oder gar abzuschaffen.

**Auf aktuelle Herausforderungen reagieren.** „Lernen aus der Geschichte heißt auch, sich rechtzeitig mit aktuellen Herausforderungen für den Rechts-

staat zu beschäftigen“, sagte Innenminister Wolfgang Sobotka. Rechtsextremismus und staatsfeindliche Verbindungen forderten den Rechtsstaat genauso wie Einflussnahme aus dem Ausland oder Aufrufe zu Gewalt und Hass, insbesondere im Internet. Heute gelte es etwa, bei Rechtsextremismus den Anfängen zu wehren. Der Rechtsstaat dürfe auch nicht hinnehmen, dass manche sich über ihn stellen wollen. Genauso dürfe Meinungsfreiheit in Österreich nicht dazu genutzt werden, um die Abschaffung der demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung zu fordern. Zudem dürfe das Internet kein rechtsfreier Raum sein.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, wurde die Sicherheitsdoktrin des BMI für Österreich 2017 bis 2020 mit dem Titel „Mehr Freiheit. Mehr Sicherheit“ erarbeitet. Sie umfasst sieben Handlungsfelder mit über 140 Maßnahmen für eine zukunftsgerichtete und integrierte Sicherheitspolitik. „Sicherheit und Freiheit basieren auf einem funktionsfähigen Rechtsstaat“, sagte Sobotka „Wir müssen deshalb gemeinsam das Vertrauen in den Rechtsstaat stärken und die Werte unserer offenen, demokratischen Gesellschaft konsequent verteidigen.“ Wesentlich dafür sei es auch, Grundregeln für ein gutes, sicheres Zusammenleben besser zu kommunizieren, sie einzufordern und auch konsequent durchzusetzen. Dafür seien Beiträge aus allen Teilen der Gesellschaft wichtig. Im Zusammenleben komme dabei dem Recht klarer Vorrang vor religiösen Geboten zu. Das sei von allen religiösen Vertretern in Österreich zu respektieren und auch verantwortungsvoll zu vermitteln.

### **Ausstellung „Widerstand, Rechtsstaat, Menschenrechte“.**

Im Anschluss an die Diskussion eröffnete Innenminister Wolfgang Sobotka die Ausstellung „Widerstand – Rechtsstaat – Menschenrechte“. Sie zeigt die Zusammenhänge zwischen den Themen Widerstand, Rechtsstaat und Menschenrechte auf und erinnert an die in Österreich nicht so präsenten Ereignisse des 20. Juli 1944, an dem auch Österreicher beteiligt waren. Darüber hinaus werden weitere Formen des österreichischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus dargestellt. Diese historischen Beispiele erinnern an die Ausschaltung eines Rechtsstaates und damit an eine Zeit, in der Widerstand zur „Pflicht“ wurde.

Die Ausstellung wurde mit der *Gedenkstätte Deutscher Widerstand*, dem *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, der *Stiftung 20. Juli 1944* und der *Kategorialen Seelsorge* der Erzdiözese Wien gestaltet. Sie richtet sich vor allem an Angehörige von BMI und Polizei, die das staatliche Gewaltmonopol repräsentieren. Diese sollen für Situationen sensibilisiert werden, in denen der Schutz von Rechtsstaat und Menschenrechten nötig ist. Außerdem werden andere Gruppen eingeladen, wie Schüler und Lehrer. Die Ausstellung ist bis 13. Juni 2017 an Dienstagen von 9 bis 12 Uhr und an Donnerstagen von 13 bis 16 Uhr nach Anmeldung ([veranstaltung@bmi.gv.at](mailto:veranstaltung@bmi.gv.at)) mit einer Führung zugänglich (Ort: BMI, Herrengasse 7, 1010 Wien). Die Führungen beginnen an Dienstagen um 9:00 und 10:30 Uhr, an Donnerstagen um 13:00 und 14:30 Uhr.

Florian Hahn